

Evaluation der Parteireform

„Partei in Bewegung - Organisationspolitisches Grundsatzprogramm“
Vorlage Organisationspolitische Kommission, Stand: 27. April 2015

Lebendig zu sein, bedeutet sich zu verändern.....	3
Ziel 1: Stärkere Gesellschaftliche Verankerung.....	4
a) Hat das organisationspolitische Grundsatzprogramm Impulse gegeben, uns stärker mit gesellschaftlichen Gruppen zu vernetzen?	4
b) Bessere Zielgruppenarbeit - Erreichen wir wichtige Zielgruppen unserer Arbeit? .4	
c) Haben wir die kommunalen Funktions- und MandatsträgerInnen stärker genutzt und einbezogen?	6
d) Haben wir (Wollen wir?) Angebote zum Engagement für die SPD jenseits der Parteistrukturen?	7
e) Wo und wie haben wir die SPD weiblicher gemacht?	7
f) Ist die Partei „jünger“ geworden und gibt es Angebote zum Mitmachen, die diese Zielgruppe anspricht?	9
g) Wo ist die SPD vielfältiger geworden?.....	10
h) Welche Formen der nachhaltigen bürgernahen Vertrauensarbeit haben wir (weiter)entwickelt?	10
Ziel 2: Online und offline Beteiligungsangebote	11
a) Inwieweit haben wir die direkte Beteiligung der Mitglieder ausgebaut?	11
b) Haben wir die BürgerInnen in unsere programmatischen Entwicklungen einbezogen?	12
c) Wo ist die SPD eine online und offline Beteiligungspartei geworden?	12
d) Haben wir mehr MitstreiterInnen und Beteiligung durch die Ausweitung der Mitgliedschaftsformen gefunden?	13
e) Ist die SPD kulturell und von ihren Arbeitsformen her auf der Höhe der Zeit.....	14
Ziel 3: Stärkung der Organisation und der Mitglieder	14

a) Hat die Arbeit der Mitgliederbeauftragten zu einer höheren Mitgliedergewinnung und stärkeren Mitgliederbindung geführt?	14
b) Sind die Ortsvereine aktiver geworden?	15
c) Wurde die Arbeit der Ehrenamtlichen erleichtert und die der Hauptamtlichen gestärkt?	17
d) Gab es Veränderungsprozesse auf der UB/KV Ebene?	17
e) Hat es eine Weiterentwicklung der Bildungsarbeit gegeben?	18
f) Welche Veränderungen hat die Reform der Parteigremien bewirkt?	20
g) Haben wir als SPD uns in und mit den Schwesterparteien in Europa vernetzt?..	21

Lebendig zu sein, bedeutet sich zu verändern.

Auf dem ordentlichen Parteitag im Dezember 2011 haben wir uns mit dem „organisationspolitischen Grundsatzprogramm“ auf den Weg gemacht, die modernste Partei Europas zu werden.

Das organisationspolitische Programm wollte einen andauernden Veränderungsprozess anstoßen, bei dem es um Praxisänderungen ging und ein Bewusstsein dafür schaffen wollte, die Entwicklung unserer Organisation auf allen Ebenen genauso zur Daueraufgabe zu machen, wie die Gestaltung unserer Programmatik.

Der Bundesparteitag 2013 hat diesen Gedanken aufgegriffen und die Organisationspolitische Kommission beauftragt, eine Evaluation der begonnenen Reform vorzulegen, in der die bislang umgesetzten Schritte ausgewertet und Vorschläge für die Weiterentwicklung gemacht werden.

Die organisationspolitische Kommission hat eine Bestandsaufnahme der Umsetzung der Parteireform erarbeitet und auf dieser Grundlage Leitfragen entwickelt. Diese waren Grundlage für Workshops, in denen unterschiedliche Gruppen der SPD ihre Erfahrungen, Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge formuliert haben.

Darüber hinaus sind auch die organisationspolitischen Anträge, die durch die ordentlichen und außerordentlichen Parteitage und die Parteikonvente an die organisationspolitische Kommission überwiesenen oder angenommenen wurden, berücksichtigt worden.

Ziel 1: Stärkere Gesellschaftliche Verankerung

a) Hat das organisationspolitische Grundsatzprogramm Impulse gegeben, uns stärker mit gesellschaftlichen Gruppen zu vernetzen?

Wo stehen wir?

- Auf der Ebene der Landesverbände und Bezirke haben wir die Vernetzung mit Gewerkschaften durch die Gewerkschaftsräte ausgebaut und den Dialog mit diesen revitalisiert.
- Nahestehende Organisationen sind vom Parteivorstand gebeten worden, Anträge zum Bundesparteitag einzureichen, die auf diesem behandelt wurden. Auf dem Bundesparteitag 2013 haben diese sich auf dieser Grundlage aktiv an der Antragsberatung beteiligt. Das Beteiligungsangebot hat auch in den Landesverbänden und Bezirken zu einer intensiven Kommunikation geführt.
- In den Themenlaboren arbeiten VertreterInnen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen mit und erarbeiten gemeinsam mit uns Perspektiven für zentrale gesellschaftliche Handlungsfelder.
- Die neu gegründete AG Migration und Vielfalt gibt Impulse für Vielfalt und interkulturellen Dialog in die SPD.
- Die neu gegründeten Arbeitsgemeinschaften Selbst Aktiv und Schwusos haben zu einer Belebung und Intensivierung der Vernetzung in ihren Zielgruppen geführt.
- Die Gründung des Arbeitskreises Muslime ist ein wichtiges Signal an die in Deutschland lebenden Muslime.

Was ist zu tun?

- Deshalb wollen wir auch vor Ort auf lokale Multiplikatoren zugehen und sie einbinden. Hierfür haben und werden wir in diesem Jahr die Nachbarschaftskampagne nutzen und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten.
- Weiterentwicklung des Dialogs mit nahestehenden Organisationen.

b) Bessere Zielgruppenarbeit - Erreichen wir wichtige Zielgruppen unserer Arbeit?

Wo stehen wir?

- Wir haben mit der Stärkung der Themenforen im Statut einen Ort geschaffen, der Zielgruppen ein thematisches Angebot macht, welches ihnen auch Rechte auf Parteitag gibt. Ziel war und ist es über Themenforen Mitgliedern und Nichtmitgliedern einen Ort der Politikentwicklung anzubieten. Das Themenforum Verbraucherschutz wurde eingerichtet und arbeitet intensiv.

Allerdings wurden auf Bundesebene und in den Landesverbänden und Bezirken keine weiteren Themenforen nach Statut gegründet.

- Die Zielgruppen sind als Thema durch die Parteireform in der täglichen Parteilarbeit allgemein wieder stärker in den Fokus gerückt.
- Mit dem SPD-Mobilisierungsplaner gibt es ein Instrument, welches Hilfestellung bei der Analyse leistet, herauszufinden, wo mögliche Zielgruppen in meiner Gemeinde/Stadt/Kiez etc. leben.
- Jede Arbeitsgemeinschaft und jedes Themenforen entsendet eine/n beratende/n Delegierten zum Bundesparteitag. Beim Parteikonvent sind die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften beratende Delegierte.
- Mit den neuen Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD wurde ein einheitlicher Rahmen für deren Arbeit geschaffen. Mit dem Referat Arbeitsgemeinschaften/Themenforen wurde die Kompetenz zur Betreuung der Arbeitsgemeinschaften in einem Referat zusammengeführt.
- Mit dem Neumitgliederfragebogen fragen wir unsere Mitglieder in welcher Arbeitsgemeinschaft sie arbeiten wollen und für welche Themen sie sich interessieren.
- Selbstdarstellungsflyer der Arbeitsgemeinschaften über deren Arbeit sind erstellt worden. Diese beinhalten auch Beitrittsformulare zur Mitgliederwerbung.

Was ist zu tun?

- Das Verhältnis zwischen den, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Themenforen ist zu klären. Arbeitsgemeinschaften richten sich meist an konkrete Personen mit bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen wie Alter, Geschlecht und/oder Berufsgruppe. Themenforen führen unterschiedliche Menschen zu konkreten Themen zusammen. Eine Zusammenarbeit ist dabei ausdrücklich gewünscht. Die Kooperation zwischen der Parteilarbeit und der Zielgruppenarbeit der Arbeitsgemeinschaften und Themenforen muss stärker als bisher miteinander vernetzt werden. Wir müssen uns in unserer Ansprache mehr noch als heute an den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe orientieren.
- Was Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Themenforen sind, muss noch deutlicher . erklärt werden. Die Arbeitsgemeinschaften sind die Bindeglieder zu den gesellschaftlichen Gruppen, die sie mit ihrer Arbeit ansprechen. Sie können auf allen Ebenen der Partei noch stärker als ExpertInnen und AnsprechpartnerInnen für ihre Bereiche genutzt und eingebunden werden.
- Der SPD Parteivorstand wird gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften daran arbeiten, die Datenlage der Verteiler für Einladungen und die Zielgruppenansprache zu verbessern.

- Auch wenn heute alle Neumitglieder befragt werden, so ist es doch wichtig von allen Mitgliedern der SPD zu wissen, ob und wenn ja in welcher Arbeitsgemeinschaft, Arbeitskreis und Themenforum sie mitarbeiten möchten. Aus diesem Grund werden wir mit dem Vorwärts einen Weg suchen, alle Mitglieder hierzu zu befragen. Auch auf spd.de werden wir nach Möglichkeiten suchen, diese Abfrage durchzuführen.
- So wichtig die Möglichkeit der themen- und zielgruppenspezifischen Arbeit innerhalb der SPD ist, die SPD ist mehr als die Summe von Einzelinteressen. Wesentlich ist die gemeinsame Willensbildung, auch wenn diese aus verschiedenen Perspektiven erfolgt.
-

c) Haben wir die kommunalen Funktions- und MandatsträgerInnen stärker genutzt und einbezogen?

Wo stehen wir?

- Die Kooperation der SGK und des Parteivorstands in der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie und weiteren regionalen Kommunalakademieangeboten zur Schulung kommunaler MandatsträgerInnen ist erfolgreich.
- Es wurde ein Kommunalbeirat mit Antrags- und Rederecht auf dem Bundesparteitag eingeführt.
- Die kommunalen Funktions- und MandatsträgerInnen sind stärker in die politische Arbeit vor Ort einbezogen worden.
- Nichtmitgliedern Verantwortung als Mandatsträger oder , sachkundige BürgerInnen zu geben, macht es wahrscheinlicher und leichter diese auch als Mitglieder zu gewinnen.
- In diesem Jahr startet das neue Mentoring-Programm „Frauen in Führung“, das Parteivorstand und Bundes-SGK gemeinsam veranstalten, um weibliche Führungskräfte für die hauptamtliche Kommunalpolitik zu gewinnen und gezielt zu fördern.

Was ist zu tun?

- SGK und Kommunalbeirat sollen gemeinsam ein Konzept entwickeln, um bei Kommunalwahlen flächendeckend mit Listen der SPD vertreten zu sein.
- Wir wollen kommunale MandatsträgerInnen vor Ort bei der lokalen Ansprache in ihren Nachbarschaften stärker begleiten und unterstützen , um die Ergebnisse aus den Dialogen mit den BürgerInnen in konkrete Politik umzusetzen. Dafür werden wir zusammen mit der SGK und dem Kommunalbeirat Vorschläge erarbeiten. Dabei berücksichtigen wir unter anderem auch, wie sich kommunale Politikerinnen und Politiker gegen persönliche Anfeindungen wehren können.

d) Haben wir (Wollen wir?) Angebote zum Engagement für die SPD jenseits der Parteistrukturen?

Wo stehen wir?

- Mit der interaktiven Beteiligungsplattform www.Mitmachen.spd.de machen wir Freiwilligen (Mitgliedern und Nichtmitgliedern) Angebote zum Mitmachen auch außerhalb von Wahlkämpfen.
- Es wurde die Richtlinie zur Beteiligung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern im Vorfeld der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten zu öffentlichen Wahlen entwickelt, um auch Nichtmitgliedern in begrenztem Umfang und nach klaren und eindeutigen Regeln an der KandidatInnenauswahl zu beteiligen.

Was ist zu tun?

- Wir nehmen wahr, dass nicht nur in Parteien der Aktivengrad abnimmt, sondern auch bei vielen Vereinen und Verbänden und wir mit deren Angebot konkurrieren. Unsere Angebote zum Engagement in der SPD müssen niedrigschwelliger und ansprechender werden. Wir brauchen einen Kulturwandel in kleinen Schritten.
- Zielgruppenarbeit sollte stärker als bisher mit dauerhaften Dialogangeboten verknüpft werden, damit wir Interessierte längerfristig an uns binden.
- FunktionsträgerInnen müssen mehr Zeit dafür bekommen attraktive Angebote anzubieten und weniger mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt zu sein.
- Wir müssen stärker noch als bisher Orte und Foren zur politischen Diskussion bieten.

e) Wo und wie haben wir die SPD weiblicher gemacht?

Wo stehen wir?

- Die alternierende Reihung bei der Aufstellung der Landeslisten (gem. § 4 Abs. 2 Wahlo) zur Bundestagswahl hat zu einem 42 %igen Frauenanteil der Bundestagsfraktion geführt.
- Die Delegierten zum SPE-Kongress werden unter Berücksichtigung der Geschlechterquote auf dem Bundesparteitag gewählt. Bei der Aufstellung der Liste zur Europawahl wurden erstmals mehr Frauen als Männer für die aussichtsreichen Plätze nominiert.
- Erstmals wurde beim Wilhelm-Dröscher Preis 2013 unter der Rubrik: „Die SPD weiblicher machen“ ein Frauenpreis verliehen.

- Es wurden Gendertrainings im Rahmen der Parteischule 2012 für hauptamtliche MitarbeiterInnen durchgeführt. Im Bundestagswahlkampf 2013 wurde erstmals ein spezielles Modul zum Thema Auftritts-Coaching für Frauen angeboten.
- In 8 Landesverbänden und –bezirke gibt es Mentoringprogramme für Frauen und in diesem Jahr startet das neue Mentoring-Programm „Frauen in Führung“, das Parteivorstand und Bundes-SGK gemeinsam veranstalten, um weibliche Führungskräfte für die hauptamtliche Kommunalpolitik zu fördern.
- Mit der Seminarreihe „Frauen an die Macht“ findet ein gezieltes Frauenförderprogramm statt.
- Die Netzwerkplattform für Frauen - fem.net – wurde eingeführt und wird im Rahmen der Seminarreihe „Frauen an die Macht“ als Vernetzungsplattform genutzt.
- Die Ansprache von jungen Frauen ist ein Kriterium bei der Ausschreibung des jährlichen Innovationsfonds
- Die Mitgliederwerbekampagne (Zicke, Diva Biest), die sich an eine weibliche Zielgruppe richtet, wurde umgesetzt.
- Das Reißverschlussystem wurde auch für zahlreiche Kommunalwahllisten angewandt. Hier zeigen sich vor Ort Chancen, aber auch Probleme.

Was ist zu tun?

- Eine Handreichung, wie bei Kommunalwahlen Frauen für die Listenplätze gewonnen werden können und der Reißverschluss eingehalten werden kann.
- Die weibliche Präsenz bei der Besetzung von Kommissionen, Projektgruppen, Arbeitskreise, Themenforen usw. und auf Foren/Veranstaltungen muss noch deutlicher werden.
- Die Gleichstellung auf „unteren Ebenen“ braucht mehr Vorkämpferinnen, mehr weibliche Vorbilder.
- Die Netzwerkplattform fem-net.de muss stärker beworben und genutzt werden.
- Die Erstellung von Gleichstellungsberichten auf allen Ebenen ist Ziel.
- Vorschläge zur Änderung der Sitzungskultur sind nur vereinzelt umgesetzt (z.B. kürzere und straffere Sitzungen und zu familienfreundlichen Zeiten). Hier sollten stärkere Anstrengungen unternommen werden. Hierzu soll eine Befragung der Mitglieder durchgeführt werden.
- Die Aufstellung eines Frauenförderplans sollte verbindlich geregelt werden.
- Der Gender Leitfaden für die ehrenamtliche Parteilarbeit muss erarbeitet werden. Antrag: IA 10 (angenommen) o. BPT 2013
- Die Ansprache von Frauen in ihrer Verschiedenheit muss auf allen Ebenen verstärkt werden, ihnen müssen Teilhabeangebote gemacht werden, die es

ihnen ermöglichen ihre politischen Schwerpunkte zu formulieren und umzusetzen.

- Vorstände und Vorsitzende vor Ort – vom Ortsverein bis zur Bundesebene - müssen stärker noch als bisher aktiv werden und sich ihrer besonderen Verantwortung bei den Wahl- und Nominierungsverfahren stellen. Es ist auch ihre Aufgabe, mehr denn je Frauen zu fördern und aktiv Frauen für die Mitarbeit zu gewinnen.
- Der Erfolg der Mitgliederwerbekampagne (Zicke, Diva Biest) sollte evaluiert werden, um für zukünftige Mitgliederwerbekampagnen in der Zielgruppen junge Frauen zu lernen.

f) Ist die Partei „jünger“ geworden und gibt es Angebote zum Mitmachen, die diese Zielgruppe anspricht?

Wo stehen wir?

- Die Einrichtung von Jugendparlamenten als (SPD-)Projekt macht bereits junge Menschen mit den Abläufen einer parlamentarischen Demokratie vertraut und führt zu einer Bindung an die SPD als Initiator von mehr Beteiligung.
- Bei der Initiative der SPD für die Änderung des Parteiengesetzes, um die ortsunabhängige Ausübung der Mitgliedsrechte zu ermöglichen, war eine Verständigung mit anderen Parteien (CDU, Grüne und FDP) nicht möglich. Es wurde ein Pilotprojekt „Online-Ortsverein“ im Landesverband Hamburg gestartet.
- Es wurden neue Juso-SchülerInnen Gruppen gegründet.
- Die Sozialdemokratische Kommunal- Akademie fördert den politischen Nachwuchs (SPD-Mitglieder mit Funktion oder Mandat zwischen 20 und 40 Jahren).
- Die Jusos bieten eigene Bildungsangebote für junge Menschen über ihre Verbandsschule an.

Was ist zu tun?

- Junge Menschen in den örtlichen Strukturen muss genug Zeit für die Parteiarbeit bleiben und dürfen nicht überfordert werden.
- Junge Menschen brauchen mehr junge politische Identifikationsfiguren.
- Die Mitgliederpflege bei den Juso-UnterstützerInnen muss optimiert werden.
- Bei der Ansprache von jungen Menschen sollte neben Studierenden verstärkt auch die Gruppe der SchülerInnen, Auszubildenden oder junge FacharbeiterInnen und Angestellte in den Fokus genommen werden.

- Wir müssen mehr zeitlich attraktive Angebote schaffen, bei denen auch junge Mütter und Väter sich in der SPD politisch stärker betätigen.
- Der Übergang von aktiven Jusos nach dem 35. Lebensjahr in aktive SPD-Mitgliedschaft muss stärker begleitet werden.

g) Wo ist die SPD vielfältiger geworden?

Wo stehen wir?

- Die Gründung der AG Migration und Vielfalt, der AG Selbst Aktiv und AG Schwusos haben die Partei vielfältiger gemacht
- Erarbeitung einer Handreichung zum Thema Barrierefreiheit in der SPD.
- Das Hamburger Grundsatzprogramm liegt als Hörbuch vor.
- Die SPD ist jedes Jahr durch die AG der Schwusos bei den Christopher Street Days in ganz Deutschland vertreten.
- 2012 und 2013 wurde der Bildungsabend „Kulturelle Vielfalt in der SPD“ als Rufseminar angeboten, stieß aber nur auf geringe Nachfrage
-

Was ist zu tun?

- Barrierefreiheit muss in der konkreten Parteiarbeit stärker berücksichtigt werden, nicht auf allen Gliederungsebenen der SPD kann alles gleichermaßen umgesetzt werden, im Einzelfall müssen praktische und individuelle Lösungen zusammen mit den Betroffenen gefunden werden.
- Sammeln und Kommunikation von Best-practice Beispielen aus der Partei zum Thema Barrierefreiheit
- Vielfalt braucht außerdem Vorbilder in der Partei auf allen Ebenen.

h) Welche Formen der nachhaltigen bürgernahen Vertrauensarbeit haben wir (weiter)entwickelt?

Wo stehen wir?

- An vielen Orten haben MandatsträgerInnen Praxistage abgehalten, die von den BürgerInnen positiv aufgenommen wurden.
- Im Bundestagswahlkampf 2013, aber auch teilweise in Kommunal- und Landtagswahlkämpfen, wurde das Kommunikationsinstrument Tür-zu-Tür verstärkt genutzt.
- Es wurden offene Fraktionssitzungen abgehalten und somit den BürgerInnen Gelegenheit gegeben direkt an politischen Prozessen teilzuhaben.
- Die Nachbarschaftskampagne, deren Ziel eine bürgernahe Vertrauensarbeit ist, wurde erfolgreich gestartet. Antrag: IA 1 (angenommen)o. BPT 2013

Was ist zu tun?

- Die Parteiarbeit muss noch stärker als bisher in der BürgerInnenansprache aktionsorientierte und dialogorientierte Formate nutzen. Auch außerhalb der Wahlkämpfe müssen Instrumente wie z.B. Tür-zu Tür weiter ausgebaut und für den direkten Dialog genutzt werden.
- Mit der Nachbarschaftskampagne verfolgen wir die Zielsetzung, Menschen im lokalen Kontext anzusprechen und sie einzuladen, im gemeinsamen Dialog mit uns politische Fragen und Themenstellungen des Alltags aufzunehmen und zu lösen. Instrumente sind u.a. BürgerInnenbefragungen, Stadtteiltage und Nachbarschaftskonferenzen.

Ziel 2: Online und offline Beteiligungsangebote

a) Inwieweit haben wir die direkte Beteiligung der Mitglieder ausgebaut?

Wo stehen wir?

- Es wurde neben dem Delegiertenprinzip in den Satzungen auf Unterbezirks- und Kreisebene das Vollversammlungsprinzip verankert.
- Die Antragsbücher werden als PDF zur Verfügung gestellt.
- Die Regionalkonferenzen wurden als Ort des Austauschs im Rahmen des Mitgliedervotums 2013 genutzt.
- Das erfolgreiche Mitgliedervotum 2013 auf Bundesebene (78% Beteiligung), Mitgliedervoten auf Landesebene 2014 in Sachsen, Thüringen und Berlin, auf Unterbezirksebene bspw. in Essen. Dies hat auch zu Eintritten geführt, 90 Prozent (Stand Juni 2014) derjenigen die eingetreten sind, sind auch dauerhaft geblieben.
- Es gab eine breitere Beteiligung von Mitgliedern bei örtlichen Wahlprogrammen und im Vorfeld von KandidatInnenaufstellungen.
- Das Quorum für Mitgliederentscheide wurde gesenkt.
- Die Beteiligung der Mitglieder bei Sachentscheiden wurde ausgeweitet und vereinfacht durch Erlass der Verfahrensrichtlinien.
- Die Beteiligung der Mitglieder bei der Personalauswahl wurde durch eine Richtlinie umgesetzt.

Was ist zu tun?

- Überarbeitung der Verfahrensrichtlinien zur Durchführung von Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheid.

- Mitgliederbegehren/Mitgliederentscheid und Mitgliedervotum, an vereinzelten Punkten wie z.B. Veröffentlichungspflichten, Zeitrahmen, Datenschutz, Information der Mitglieder etc. bedarf es auf Grund der gesammelten Erfahrung Anpassungen.
- Überarbeitung der Richtlinie für das Verfahren über die Beteiligung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern im Vorfeld der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten zu öffentlichen Wahlen.

b) Haben wir die BürgerInnen in unsere programmatischen Entwicklungen einbezogen?

Wo stehen wir?

- Wir haben im Jahre 2013 einen erfolgreichen Bürgerdialog/ Bürgerkonvent mit guter Beteiligung von BürgerInnen durchgeführt. Die Ergebnisse sind direkt erkennbar in das Regierungsprogramm zur BTW 2013 eingeflossen. Regional und lokal wurden vielerorts in politischen Werkstätten/Wahlwerkstätten die Wahlprogramme zusammen mit den BürgerInnen erarbeitet.
- Mit #digitalleben erproben wir derzeit weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.

Was ist zu tun?

- Fortführung und Weiterentwicklung von direkten Beteiligungsinstrumenten für BürgerInnen.
- Stärkere Nutzung auch im regionalen Kontext von modernen partizipation-orientierten Veranstaltungsformaten wie open space, fish-bowl etc., um BürgerInnen mit ihren Ideen in die programmatische Entwicklung ein zu beziehen.

c) Wo ist die SPD eine online und offline Beteiligungspartei geworden?

Wo stehen wir?

- Möglichkeit der Beteiligung von Nichtmitgliedern bei der Aufstellung von Einzelkandidaturen für Ämter und Mandate.
- Wir haben die interaktive Beteiligungsplattform Mitmachen.SPD.de ausgebaut.
- Der Vorwärts ist weiterhin ein zentrales Medium zur Mitgliederinformation, dies zeigte vor allem die Studie des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen im Rahmen des Mitgliedervotums 2013.
- Neue beteiligungsorientierte Veranstaltungsformate wie Zukunftswerkstatt, World Cafe, Open-Space-Konferenzen und Bürgerkonferenzen wurden vor Ort erfolgreich durchgeführt.

Was ist zu tun?

- Die Informationen der Mitglieder per E-Mail müssen eine Relevanz besitzen. Es bedarf eines klugen Konzepts, das der Komplexität unserer individualisierten Informations- und Wissensgesellschaft angemessen ist.
- Der Digitale Beirat der Organisationspolitischen Kommission erarbeitet derzeit ein Konzept zur Weiterentwicklung der SPD als digitale Mitmachpartei.

d) Haben wir mehr MitstreiterInnen und Beteiligung durch die Ausweitung der Mitgliedschaftsformen gefunden?

Wo stehen wir?

- Arbeitskreise haben gem. § 10 OrgSt Antragsrecht und Rederecht auf der jeweiligen Ebene.
- Jeder Arbeitskreis gem. § 10 OrgSt stellt nunmehr einen beratenden Delegierten auf dem Bundesparteitag
- Wir haben die Unterstützermemberschaft eingeführt, diese wird mit Ausnahmen bei den Jusos nicht genutzt. Auch die Gesamtzahl der Gastmitglieder ist marginal, vor Ort spielen sie kaum eine Rolle.
- Die Beiträge der UnterstützerInnen stehen für ein Jahr dem jeweiligen Themenforum oder Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung. Dafür sind die Voraussetzungen geschaffen worden.

Was ist zu tun?

- Faktisch wird das Instrument der Unterstützermemberschaft nur bei den Jusos genutzt, viele Juso-UnterstützerInnen werden vor Ort nicht eingegeben, viele finden vor Ort keine regionalen Angebote. In den anderen AG'S und Foren ist die Mitgliedschaftsform der UnterstützerInnen selten. Die Ausweitung der Mitgliedschaftsformen (Voll, Gast, Unterstützer) geht zu Lasten der Übersichtlichkeit und Akzeptanz
- Im Rahmen der Digitalen Beteiligungspartei werden die Mitwirkungsmöglichkeiten für Nichtmitglieder ausgebaut. Die Organisationspolitische Kommission wird dem PV zum Parteitag einen Vorschlag zur Weiterentwicklung vorlegen, der die Gastmemberschaft und Unterstützermemberschaft überflüssig macht.

e) Ist die SPD kulturell und von ihren Arbeitsformen her auf der Höhe der Zeit

Wo stehen wir?

- Es wurde in den Gliederungen Parteitage unter Einbeziehung von BürgerInnen und Parteitage als Vollversammlungen durchgeführt.
- Präsenz der Gliederungen in den sozialen Medien ist stärker geworden.
- Wir haben Methoden zur Onlineumfragen entwickelt und ausprobiert. (Umfrage bei Neumitgliedern)
- Mit dem Campaigner-Programm 2013 wurden in den Wahlkreisen Verantwortliche für bestimmte Wahlkampfaufgaben bestimmt und geschult. In der Nachbarschaftskampagne wird dies mit dem Campaigner-Modell für alle Unterbezirke fortgesetzt.

Was ist zu tun?

- Familiengerechte Angebote der Partei müssen ausgebaut werden. (Sitzungszeiten)
- Wir müssen darauf achten, dass durch eine kleiner und älter werdende Partei die Parteiarbeit auf weniger Schultern verteilt oder anders verteilt werden muss.
- Auswertung der Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Virtueller Ortsverein in Hamburg und Weiterentwicklung von Online-Angeboten zur direkten Beteiligung.
- Beschlüsse auf Parteitag und Parteikonvente sollen systematisch erschlossen und archiviert werden. Für alle Gliederungen soll eine Beschlussdatenbank im Internet bereitgestellt werden. (Beispiel: <http://beschluesse.spd-schleswig-holstein.de/wiki/Hauptseite>).
- Den Gliederungen wird eine Hilfestellung zur Verfügung gestellt, um sich insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen zeitgemäß präsentieren zu können.

Ziel 3: Stärkung der Organisation und der Mitglieder

a) Hat die Arbeit der Mitgliederbeauftragten zu einer höheren Mitgliedergewinnung und stärkeren Mitgliederbindung geführt?

Wo stehen wir?

- Einrichtung einer Projektgruppe „Neue Mitglieder“. Diese Arbeitsgruppe tagt regelmäßig und begleitet die Nachbarschaftskampagne.

- Es wurden Grundsätze für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten entwickelt.
- Es wurden Standards für Bindung, Betreuung und Rückholung der Mitglieder wurden bestimmt.
- Es gibt eine regelmäßige Konferenz der Mitgliederbeauftragten.
- Vorlage von Mitgliederberichten auf Landes-, Bezirks- und Bundesebene
- Die Einführung der Mitgliederbeauftragten muss unterschiedlich bewertet werden, auch weil diese noch nicht überall existieren. Auf Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene arbeiten Mitgliederbeauftragte wirksam, für die Ortsvereinsebene lässt sich das nicht so bestätigen.

Was ist zu tun?

- Konkrete Arbeitshilfen für Mitgliederbeauftragte.
- Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung müssen als gleich wichtig betrachtet werden.
- Mitgliederarbeit muss zur Gesamtaufgabe der Partei werden. Mitgliederbeauftragte unterstützen diese Aufgabe, in der Verantwortung sind alle.
- Mitgliederwerbeinitiative, die das Thema Mitgliederwerbung in alle Projekte integriert. Regionalisierbare Druckvorlagen für Broschüre zur Mitgliederwerbung.
- Wir wissen, dass durch eine schnelle Reaktion auf einen Austritt viele ihren Rücktritt wieder zurücknehmen, deshalb werden wir gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden unser Rückholmanagement optimieren.
- Wir werden gemeinsam mit der Projektgruppe Angebote entwickeln, die neuen Mitgliedern in der SPD gemacht werden können, damit sie auch in der SPD ankommen.

b) Sind die Ortsvereine stärker geworden?

Wo stehen wir?

- Die Ortsvereine der SPD sind regional und strukturell unterschiedlich. Jedoch haben die Zusammenlegung und Neustrukturierung von Ortsvereinen und damit die Bündelung der örtlichen Kräfte dazu geführt, dass die Partei vor Ort sich neu aufgestellt und dadurch zu neuer Kraft gefunden hat. Im Jahre 2012 gab es beispielsweise 118, im Jahre 2013 gab es 190 und 2014 gab es 155 Ortsvereinsfusionen oder –zusammenlegungen. Eine Neu/Restrukturierung gibt Chancen vor Ort und kann zur Stärkung der Parteiarbeit oder Entlastung von Aufgaben führen, ist aber auch mit Risiken (z.B. fehlende Akzeptanz oder Mitgliederverlust) verbunden.

- Das Mitgliedervotum 2013 und die Mitgliedervoten in den Landesverbänden und Bezirken hat die politische Diskussion innerhalb der Ortsvereine belebt und viele eher passive Mitglieder wieder aktiviert.
- Wir haben das Handbuch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und das Handbuch Ortsvereinsarbeit überarbeitet und aktualisiert.
- Durch Serviceleistungen des Parteivorstandes (wie z.B. die automatischen Mitgliederjahresberichte) können Ortsvereine sich einfacher mit ihrer aktuellen Situation beschäftigen und eine strategische Aufstellung diskutieren.

Was ist zu tun?

- Der Generationswechsel in den Ortsvereinen ist ein Prozess, der vor Ort rechtzeitig eingeleitet werden muss.
- Ausbau von Bildungsarbeit gehört zu den Aufgaben eines Ortsvereinsvorsitzenden und der Vorstände.
- Entlastung von Verwaltungsaufgaben durch einfach handhabbare Tools für Einladungen, Berichte etc.
- Handreichungen zur Durchführung von Wahlen. Die können heruntergeladen und individuell anpassbar in Abstimmung mit den Landesverbänden und Bezirken.
- Vielerorts gibt es Beispiele für gute Ortsvereinsarbeit. Diese wollen wir stärker herausstellen und anderen Ortsvereinen zur Nachahmung empfehlen.
- Entwicklung von Strategien, wie lokale Präsenz trotz Zusammenlegung aufrecht erhalten werden kann.
- Ortsvereine sind regional und strukturell sehr unterschiedlich und bedürfen auf Grund dieser Unterschiedlichkeit verschiedene Antworten auf ihre Herausforderungen. Welches Beteiligungsangebot können Ortsvereine machen, damit Menschen, die sich vor Ort engagieren wollen, nicht das Gefühl haben sich gleich mit „Haut und Haaren“ der Parteilarbeit verschreiben oder gleich FunktionärIn werden zu müssen? Welche Impulse können hier gesetzt werden?
- Wir müssen Antworten darauf finden wie insbesondere auch kleine Ortsvereine Angebote machen können, die Neumitglieder willkommen heißen und die für Neumitglieder attraktiv sind und wie wir konkrete Angebote für die Ortsvereine machen können bzw. Kampagnen auf kleinere Ortsvereine zuschneiden können.
- Gemeinsam mit den Landesverbänden/Bezirken muss geklärt werden, wie dort zu verfahren ist, wo es zeitweilig keine aktive Ortsvereinsstruktur gibt.
- Wir brauchen eine stärkere Vernetzung der UB-Ebene mit den jeweiligen Ortsvereinen.
- Die Organisationspolitische Kommission wird sich zu der Frage der Stärkung der Ortsvereine nochmals gesondert zuwenden und dem Parteivorstand Vorschläge unterbreiten.

c) Wurde die Arbeit der Ehrenamtlichen erleichtert und die der Hauptamtlichen gestärkt?

Wo stehen wir?

- Zentrale Serviceangebote erleichtern die Ortsvereinsarbeit (Beispiel: Möglichkeit der Abgabe der Kassenführung).
- Schaffen der technischen und rechtlichen Voraussetzung für einen besseren Zugriff auf aufgabenbezogene Informationen durch Mein Bereich auf spd.de und der interaktive Beteiligungsplattform www.Mitmachen.spd.de.
- Erleichterung durch einfach online herunterladbare Berichte.
- Die Online Adressänderungen von Mitgliedern ist seit dem 1.1.2015 möglich.

Was ist zu tun?

- Verbesserung des Wissensmanagements innerhalb der Partei, . Schaffen der Möglichkeit einer Online- Vernetzung der Hauptamtlichen untereinander.
- Stärkere Standardisierung der Bearbeitung wiederkehrender Aufgaben mit dem Ziel einer Qualitätsoptimierung.
- Organisationsstatut, Satzungen und Richtlinien müssen die Ehrenamtlichen, Funktionäre und Hauptamtlichen der Partei in ihrer Arbeit unterstützen und bilden die Grundlage und den Rahmen für ein demokratisches Handeln der Partei. Nicht jede Auseinandersetzung und jedes Problem muss und kann über die Satzung geregelt werden.

d) Gab es Veränderungsprozesse auf der UB/KV Ebene?

Wo stehen wir?

- Einrichtung eines Innovationsfonds zur Förderung bestimmter Projekte in Unterbezirken zur Unterstützung von Veränderungsprozessen.
- Das „Train the Trainer“-Programm wurde für die regionale Weiterbildung genutzt.

Was ist zu tun?

- Richtlinie des Parteivorstands ermöglicht es kleinen Ortsvereinen freiwillig ihre Kassenführung an die nächsthöhere Ebene abzugeben.
- Handlungsempfehlungen für die politische Arbeit in strukturschwachen Gebieten.
- Mitgliederbeauftragte in allen Unterbezirken/Kreisverbänden.
- Die Zielerreichung und die Mittelverwendung des Innovationsfonds überprüfen.

e) Hat es eine Weiterentwicklung der Bildungsarbeit gegeben?

Wo stehen wir?

- Der Beirat der Parteischule begleitet und evaluiert die Arbeit der Parteischule im Willy-Brandt-Haus kontinuierlich seit dem Jahr 2001. Der Beirat hat die Arbeit der Parteischule konstruktiv-kritisch reflektiert und attestiert ihr eine mehr als gute Arbeit. Der Parteivorstand hat das Personal und Budget maßvoll erhöht, so dass die Parteischule in den letzten 15 Jahren ihr Programm ausweiten konnte.
- Heute stellt sie ein Spektrum von modernen, hochwertigen Qualifizierungsprogrammen für diverse Zielgruppen bereit. Die Bildungsarbeit in der SPD insgesamt ist in hohem Maße von Dezentralität und von vielen eigenständigen Akteuren gekennzeichnet. SPD-Mitglieder und Interessierte können aus einem breiten Angebot zur politischen Bildung schöpfen. Heutzutage ist allerdings seltener als früher die Partei selbst Anbieter. Vielmehr ergänzen sich die vielfältigen Akteure, im Bildungsangebot des „Netzwerks Politische Bildung“.
- Die Parteischule im Willy-Brandt-Haus arbeitet konstruktiv mit den Landesverbänden und Bezirken sowie deren Bildungsbeauftragten zusammen. Zusätzlich berücksichtigt sie in ihrer konzeptionellen Planung die Angebote der anderen Akteure im „Netzwerk Politische Bildung“.
- Hauptamtlichen-Ausbildung: Die betriebliche Weiterbildung „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD (IPQ) besteht im Kern aus dem Dreiklang der jährlichen „Parteischulwoche“, dem viermoduligen Lehrgang „IPQ-Politikmanagement für neue MitarbeiterInnen“ sowie den „IPQ-Führungstrainings“. Der Maßnahmenkatalog hat die Zustimmung der Betriebsräte und wird in Kooperation mit den Landesverbänden und Bezirken umgesetzt. Die Landesverbände und Bezirken haben Betriebsvereinbarungen, um die auch vom Arbeitgeber gewünschte Teilnahme der Beschäftigten auf eine gesicherte Basis zu stellen. An den betrieblichen Weiterbildungsangeboten der Parteischule nehmen jährlich 15 - 20 Prozent der SPD-Beschäftigten aktiv teil.
- Kommunalen Nachwuchs fördern: Die „Sozialdemokratische Kommunal-Akademie“ des SPD-Parteivorstands und der Bundes-SGK hat seit 2001 über 1.500 Nachwuchskräfte gefördert und deutliche Langzeitwirkung erzielt. Sie schafft Kontakte und vernetzt überregional. Frauen fördern: Das Programm „Frauen an die Macht“ unterstützt seit 2012 engagierte Frauen, mehr Verantwortung in der SPD zu übernehmen. Das Programm erfährt eine große Nachfrage. Auch die „Sozialdemokratische Kommunal-Akademie“ und die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ sind konzeptionell ausdrücklich auf die Förderung von Frauen ausgerichtet. Mindestens 40 Prozent, oft 50 Prozent der Teilnehmenden sind Frauen.

- MultiplikatorInnen fördern: Die Train-The-Trainer-Ausbildung vergrößert kontinuierlich den Pool an TrainerInnen und MultiplikatorInnen, die regional und bundesweit für Workshops, Seminare und Schulungen zum politischen Handwerk, für spezielle Kampagnen und Themen (Mitgliederwerbung, Nachbarschaftskampagne etc.) einsetzbar sind. Seit Beginn des Ausbildungsgangs Train-the-Trainer im Jahre 2010 wurden 68 TrainerInnen zertifiziert und weitere 15 TrainerInnen befinden sich gerade in der Ausbildung. Diesen Pool kontinuierlich zu pflegen und auszubauen lohnt jede Anstrengung.
- Führung fördern: Die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ bietet herausgehobenen VerantwortungsträgerInnen eine speziell auf politische Führung ausgerichtete Weiterbildung. Dieses anspruchsvolle Projekt ist nur auf Bundesebene leistbar und verdient kontinuierliche Fortsetzung. Es muss Wert gelegt werden auf eine gute Balance zwischen der Vermittlung personaler Schlüsselkompetenzen und inhaltlich-programmatischer Kompetenzen.
- Spezialmaßnahmen: In Kampagnen und Wahlkämpfen beweist die Parteischule ihre Leistungs- und Innovationsfähigkeit wie zuletzt mit der Campaigner-Ausbildung sowie dem Auftrittscoaching. Beide Programme erzielten hervorragende Feedbacks und Wirkungen.

Was ist zu tun?

- Die oben genannten, positiv evaluierten Programme haben Priorität und müssen ausgebaut werden.
- Der Parteivorstand muss entscheiden, welche Akzente er aus seiner zentralen Verantwortung für die Organisations- und Personalentwicklung setzen möchte. Die Parteischule im Willy-Brandt-Haus empfiehlt sich als umsetzungsstarker, qualitäts- und kostenbewusster Dienstleister.
- Auch auf SPD-Landes- und Bezirksebene empfiehlt sich eine qualifizierte hauptamtliche Zuständigkeit für Bildungsarbeit, um dem strategischen Stellenwert im Sinne der Zukunftsfähigkeit gerecht werden zu können.
- Ausdrücklich ermutigt die Qualität und Quantität dezentraler Programme, diese politische Bildungsarbeit flächendeckend in der Organisation anzubieten. Verschiedene Facetten der altersunabhängigen Nachwuchsförderung und Frauenförderung wie Mentoring, „5 unter 20“, Patenschaften, diverse Zielgruppenarbeit und Seminarreihen sollten verstärkt werden.
- Im Zusammenspiel mit der Bundes-SGK und den Landes-SGKen – und in Ergänzung deren guten Angebote – sollten weitere personalentwickelnde und personalvermittelnde Maßnahmen für hauptamtliche Führungskräfte in der Kommunalpolitik aufgebaut werden.
- Im Sinne sinnvoller Kooperationen sind die Verbesserung der Vernetzung, Optimierung von Materialverbänden, Koordinierung mit Kooperationspartnern

stetige Begleiter. Ein wichtiger Baustein hierfür ist „Train-The-Trainer“, welches unbedingt fortgesetzt werden muss.

- Die SPD muss Qualifizierungsangebote und weitere Maßnahmen der Organisations- und Personalentwicklung sicherstellen, damit sie Mitgliederpartei bleibt. Deshalb muss die ehrenamtliche Bildung prioritär entwickelt werden. Die Bundesebene muss auf der politischen Ebene Bedingungen für die politische Bildung dauerhaft verbessern, damit gute und genügend regionale Bildungsarbeit stattfinden kann. Zudem soll die Koordination und Ergänzung regionaler und überregionaler Angebote verbessert werden.
- Die Gesamtorganisation muss gewährleisten, dass überall (neuen) Ortsvereinsvorständen (Funktionärinnen und Funktionären insgesamt) ein sinnvolles, regionales Weiterbildungsangebot offen steht.
- Die Förderung von Frauen muss intensiviert werden. Neben dem Programm „Frauen an die Macht“ sind auf allen Ebenen weitere Instrumente zu entwickeln.
- Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Erprobung innovativer Pilotprojekte, die nur auf Bundesebene geleistet werden kann.

f) Welche Veränderungen hat die Reform der Parteigremien bewirkt?

Wo stehen wir?

- Die jährliche Durchführung der Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz.
- Die Verkleinerung des Parteivorstands auf 35 Mitglieder wurde umgesetzt.
- Die Einführung eines Parteikonvents mit echten Entscheidungsbefugnissen.
- Der Bundesparteitag wurde von 480 auf 600 Delegierte vergrößert.
- Das Präsidium wurde wieder eingeführt.
- Die Nichtöffentlichkeit des Parteikonvents verhindert Schaufensterdebatten.
- Die vier großen Arbeitsgemeinschaften ASF, AG60plus, AfA und Jusos sind ständige Gäste bei allen PV Sitzungen, die übrigen sieben Arbeitsgemeinschaften werden zu den Sitzungen des erweiterten Parteivorstands eingeladen.

Was ist zu tun?

- Der Parteikonvent soll als Ort der klaren Aussprache erhalten bleiben und auch in Zukunft in der Regel nicht öffentlich tagen.

g) Haben wir als SPD uns in und mit den Schwesterparteien in Europa vernetzt?

Wo stehen wir?

- Stärkung des Instruments der SPE-Aktivisten.
- Das Netzwerk der SPE Generalsekretäre tagt regelmäßig.
- Das Grundsatzprogramm der SPE wurde im Juni 2012 auf einem SPE Tag in Sofia beschlossen.
- Die Progressive Alliance wurde gegründet.
- Erstmals traten die Europäischen Sozialdemokraten mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten bei der Europawahl 2014 an.
- Es gibt zahlreiche Angebote zu europäischen Themen im Netzwerk politischer Bildung.
- Es wurde für die Auslandsfreundeskreise und Auslandsortsvereine ein Verantwortlicher beim SPD-Parteivorstand benannt.

Was ist zu tun?

- Stärkere Vernetzung von europäischen Initiativen.
- Neuorganisation der Auslandsgruppen, da deren bisherige Organisationsform als Foren im Statut gestrichen wurde. Ziel ist eine möglichst einheitliche Struktur für die Auslandsortsvereine und Auslandsfreundeskreise, die die Mitgliedsrechte der Auslandsmitglieder gleichermaßen gewährleistet und auch hinreichend flexibel ist im Hinblick auf die verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen Auslandsgruppen.